



HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 510 64 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH),
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK — AUCH NUR AUSZUGSWEISE —
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

13. Mai

13/76

Gutachter: »Priorität für Oldenburg«

Wenn die Universität Oldenburg nicht weiter ausgebaut werde, müsse der Auswanderungsfluß aus dem Nordwestraum weiter anhalten. Das erklärte am vergangenen Freitag der Raumplaner Professor Gerhard Curdes von der Technischen Hochschule Aachen, der zur Zeit für die Bundesregierung an einem Gutachten für Entwicklungszentren in der Bundesrepublik arbeitet. Anlässlich der Dekanskonferenz von Raumplanern bundesdeutscher Hochschulen in Oldenburg meinte Curdes, die stetig

anhaltende "Entleerung" könne nur dadurch aufgehalten werden, wenn der Staat seine Steuerungsmittel für die Verbesserung der Infrastruktur voll ausschöpfe. Dazu gehöre als Großinvestition, durch die zahlreiche qualifizierte Arbeitskräfte geschaffen würden, der Aus- und Aufbau einer Universität. Oldenburg und Regensburg genössen als förderungswürdige Entwicklungszentren seiner Einschätzung nach absolute Priorität in der Bundesrepublik. gh

Studiengang vor der Liquidierung?

Eine grundlegende Änderung oder gar eine Liquidierung des ingenieurwissenschaftlichen Studienganges Raumplanung befürchtet die Studienkommission Raumplanung. Anlaß für die Befürchtungen: In einem Schreiben hatte das Ministerium der Universität mitgeteilt, daß zwei H-4-Stellen des Studienganges nur durch Verwalter besetzt werden dürften, da einige Fragen geprüft würden, "die die künftige Ausgestaltung des Studienganges Raumplanung betreffen". Rufe für die beiden ordentlichen Professuren könnten deshalb nicht erteilt werden.

In einer ausführlichen Stellungnahme erklärte dazu die Studienkommission, daß sich das Studiengangskonzept als sinnvoll erwiesen habe. Trotz teilweise erheblicher Beeinträchtigung durch Auseinandersetzungen um die Diplom-Prüfungsordnung, unbesetzte Hochschullehrerstellen und einzelne Anfangsschwierigkeiten bei der Etablierung neuer Unterrichtsformen sei es gelungen, eine "die Reformintentionen instrumentalisierende Studienstruktur" zu erarbeiten, ein umfangreiches und differenziertes Lehrangebot zu entwickeln und erste mit anderen Ausbildungsgängen vergleichbare Studienergebnisse vorweisen zu können.

Die SK Raumplanung sehe deshalb keinen Anlaß, die bestehende Studiengangskonzeption grundlegend zu ändern. Für die nächste Zeit sollte der Studiengang vielmehr in der praktizierten Form des Hauptstudiums mit einer Orientierung auf Absolventen der ingenieurwissen-

schaftlichen Fachhochschulstudiengänge weitergeführt werden. Um die Konzeption jedoch nicht vor einer tatsächlichen Erprobung bereits der dazu notwendigen Ausbildungsvoraussetzungen zu berauben, sei es unerlässlich, die noch freien Hochschullehrerstellen schnellstens zu besetzen, die materiellen Arbeitsbedingungen zu verbessern und dem Studiengang die notwendige Anerkennung innerhalb des höheren Verwaltungsdienstes (Referendariat) zu verschaffen. Darüber hinaus müssen nach Auffassung der Studienkommission noch weitere Hochschullehrerstellen für die Bereiche "Regionalplanung" und technische Infrastruktur geschaffen werden.

Alle anderen Lehranforderungen werden zur Zeit mit Hilfe der Lehrenden aus den Bereichen der Ökonomie, Sozialwissenschaften, Geografie und Naturwissenschaften abgedeckt.

Fortsetzung auf Seite 2

»Landesverräter«

Weil ihm der Inhalt zu links erschien, hat der Leiter des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums, Delbano, in Ahlhorn der von den Jungdemokraten für Schüler herausgegebenen Zeitschrift "mobil" einen Brief beilegen lassen, in dem er u.a. kritisiert, daß in einem Artikel die Universität Oldenburg dreimal als Carl-von-Ossietzky-Universität bezeichnet wird. Dieser Name, so Delbano in dem Brief, komme der Universität Oldenburg nicht zu. Vielmehr sei er zweimal widerrechtlich gegen den erklärten Willen des Ministeriums am Turm eines Universitätsgebäudes angebracht. Wer deshalb die Universität dennoch mit diesem Namen bezeichnet, der billige und verböliche Gewalt. Weiter heißt es: "Der spätere Nobelpreisträger und KZ-Häftling Carl von Ossietzky wurde übrigens bereits 1931 wegen Landesverrats rechtskräftig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt! Gegenüber dem WDR gab die Universität dazu folgende Erklärung ab: "Wer mehr oder weniger direkt Carl von Ossietzky des Landesverrats bezichtigt, macht sich entweder unwillentlich aufgrund seiner geringen historischen Kenntnisse des Rufmordes schuldig oder aber versucht heute noch zu legalisieren, was nicht legal war: nämlich die widerrechtliche geheime Ausrüstung der Reichswehr, die Carl von Ossietzky aufdeckte und für die er ins Gefängnis gehen mußte. Jeder Journalist, der es mit der Rechtsstaatlichkeit ernst nimmt, ist auch heute noch dazu verpflichtet, schonungslos aufzudecken, wenn eine Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit verstößt. Nichts anderes tat Carl von Ossietzky. Es muß besonders bedenklich wirken, wenn heute der Leiter eines Gymnasiums, noch dazu eines, das nach dem von den Nationalsozialisten umgebrachten Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer benannt ist, dieses in Frage stellt. Er muß sich die Frage gefallen lassen, ob er die Qualifikation und das notwendige demokratische Verständnis besitzt, um Jugendliche in einer ihrem eigenen Anspruch nach demokratischen Gesellschaft einzubilden.

Rektor antwortet Rau

In einem Schreiben an den Niedersächsischen Wissenschaftsminister hat der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Dr. Rainer Krüger, Stellung genommen zu der Kleinen Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Rau zu einer Umfrage des Projekts "Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktpolitik" unter Betriebsräten aus Unternehmen des Nordwestraums (s. uni-info 11/76).

Wie der Rektor erklärt, ist die beanstandete "Umfrageaktion" Bestandteil eines - mit Landesmitteln geförderten - Projekts, dessen Ergebnisse sowohl den Gewerkschaften wie auch anderen Institutionen zugute kommen würden.

Betriebsgeheimnisse würden durch die Umfrage nicht tangiert und soweit Informationen als vertraulich gekennzeichnet seien, würden sie von den Projektleitern auch vertraulich behandelt. Daraus ergebe sich auch, daß weder die befragten Betriebsratsvorsitzenden, die im übrigen ihre Verschwiegenheitspflicht sicher kennen würden, gefährdet seien, noch daß Anlaß bestünde, das Problem des Schutzes von Unternehmen und Betriebsratsvorsitzenden zu bedenken. Die gezielte Befragung der Betriebsräte sei von der Seite her geboten gewesen und sei auch ohne Unterrichtung der jeweiligen Unternehmensleitung sinnvoll und zulässig; darüber hinaus plane die Projektleitung, auch die Unternehmensleitungen mit in die Untersuchung einzubeziehen. Für bedenklich hält die Universität, so der Rektor, die Frage, jb

warum sich eine wissenschaftliche Umfrage an einem bestimmten Adressatenkreis wende, da sie zu einer Antwort nötige, die mit dem Grundrecht der Freiheit der Wissenschaft nicht zu vereinbaren sei. Zu den inhaltlichen Fragen Raus erklärt der Rektor, sie könnten nicht von der Universität beantwortet werden, ohne unzulässig in die Arbeit des Projekts einzugreifen. Die Projektleitung habe die Frage bejaht, ob alle gewünschten Informationen zur Erfüllung der gestellten Aufgabe erforderlich seien; dies gelte insbesondere für die Frage nach Konflikten zwischen Belegschaft und Betriebsleitung, die einen hohen Stellenwert für die Einschätzung der Entwicklung der betrieblichen Arbeitssituation in der Krise habe. Ferner habe das Projekt darauf hingewiesen, daß die beanstandete Form der Interviewtechnik verwandt werden sei, um durch offene Fragen dem befragten Experten die Möglichkeit zu geben, aus einem Sachwissen und Erfahrungsbereich heraus selbstständig eine präzise Auskunft zu geben.

Verzugsgebühren im BIS

Es hat sich inzwischen herumgesprochen: seit dem 3. Mai 1976 muß die Bibliothek der Universität Oldenburg gemäß der Gebührenordnung für die wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Niedersachsen Gebühren einziehen. Es handelt sich dabei um VERZUGSGBÜHREN (vgl. §3) und nicht um Mahngebühren, wie irrtümlich im uni.info 11/76 gemeldet wurde.

Was bedeutet nun die Erhebung von Verzugsgebühren: die entliehenen Bücher sind mit Ablauf der Leihfrist OHNE MAHNUNG pro Band und Öffnungstag mit 0,20 DM zu belasten. Der Benutzer hat also selbst den Ablauf der Frist zu überwachen und das Buch fristgemäß zurückzugeben oder zu verlängern. Als Hilfe dient ihm der Stempel des Rückgabedatums in hinten Buchdeckel. Die Verlängerung erfolgt bei Vorlage des Buches; die telefonische und schriftliche Verlängerung ist nur in Ausnahmefällen möglich.

Für die erste Zeit soll folgende Regelung gelten:

- für die laufenden Ausleihen seit dem 3. Mai 1976 werden Verzugsgebühren, kommt teuer zu stehen.

ren erhoben, wenn die Ausleihe das eingestempelte Datum überschreitet (frühestens ab 3. Juni 1976);

- für ältere Ausleihen (die kein eingestempeltes Datum haben) wird der 3.

Mai als Stichtag einer aktuellen Verlängerung gesetzt, so daß das Buch zum 3. Juni fällig wird und auch ab diesem Datum Gebühren bei Überschreiten der Leihfrist erhoben werden. Die Bibliothek bittet daher alle Benutzer eindringlich, die Leihfristen in eigenen Interesse einzuhalten. Bei längerer Überschreitung der Leihfrist ist die Bibliothek gezwungen, dem Benutzer eine Rückgabeforderung zu schicken. Die dabei anfallenden Einschreibengebühren gehen auch zu Lasten

des Benutzers. Außerdem müssen wir noch einmal darauf hinweisen, daß die neue Gebührenordnung, die seit längerer Zeit in der Bibliothek ausliegt, auch Gebühren für Botengänge (§4) im Zuge der Rückforderung des Buches und Gebühren für Ersatzleistungen (§5) fordert. Fazit: Leihfristen übersehen, kommt teuer zu stehen.

Studiengang Raumplanung

Fortsetzung von Seite 1

Nachdrücklich hält die Studienkommission an der ingenieurwissenschaftlichen Orientierung des Studienganges fest. Dazu heißt es u.a. wörtlich in der Erklärung: "Eventuelle Überlegungen, den ingenieurwissenschaftlichen Diplomstudiengang Raumplanung in einer sozialwissenschaftlichen umzuwandeln bzw. nur noch als Schwerpunkt in Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Diplomstudienganges fortzuführen, hält die SK Raumplanung daher für Überlegungen, die der Berufspraxis von Raumplanern nicht angemessen sind. Ein solches Konzept würde auch die an der Universität entwickelten interdisziplinären Arbeitsansätze erheblich trächtigen und die Studien- und Erfahrungsmöglichkeiten für Studenten anderer Studiengänge (Ökonomie, Sozialwissenschaften, Geografie, Naturwissenschaften und Biologie, Kunst/Virtuelle Kommunikation) reduzieren, da für deren Qualifikation die in besonderem Maße praxisbezogene planerisch-technische Komponente wegfallen würde".

Unterstützt werden die Raumplaner in ihrer Position auch von den Studienmissionen Geografie, Sozialwissenschaften und Physik. Die SK Geografie stellt fest: "Für die Ausbildung eines Geographen ist nicht nur ein weitgeholtes Lehrangebot aus dem ingenieurwissenschaftlichen Bereich notwendig. Ebenso wichtig ist es für die Studenten, während des Studiums mit technikorientierten Planerstudenten zusammenarbeiten zu können, um sich für eine Kooperation in der Berufspraxis vorzubereiten. Hierzu ist es notwendig, während des Studiums Arbeitsergebnisse der Geografie in die Planung einfließen zu lassen und zusammen mit den Raumplanern aktiv an der Veränderung der Umwelt mitzuwirken".

Müller-Anhörung

Nach eigenen Angaben muß der Wissenschaftliche Assistent Wolfgang Müller noch in diesem Monat mit seiner fristlosen Entlassung rechnen. Wie Müller erklärt, habe man ihm im Anschluß an eine erneute Anhörung im Ministerium mitgeteilt, daß die fristlose Entlassung mit sofortigem Vollzug wahrscheinlich ist. Wie bereits berichtet, war das Verfahren gegen Müller, das vom Rektor eingestellt worden war, weil nicht der Nachweis einer konkreten den Widerruf des Beamtenverhältnisses rechtfertigenden Dienstverpflichtung erbracht werden konnte, erneut von Ministerium aufgenommen worden. Das Konzil hatte auf seiner letzten Sitzung die Maßnahme des Ministeriums verurteilt.

Universität ohne Zukunft?

Serie zum Aufbaustopp * Teil 1: Die Bibliothek

Mit katastrophalen Studien- und Forschungsbedingungen für Studenten und Lehrende, Einschränkungen und Liquidierungen von Studiengängen, die bereits geplant und genehmigt sind und miserablen Arbeitsverhältnissen für die Dienstleister muß die Universität Oldenburg rechnen, wenn die Landesregierung bei ihrem Vorhaben bleibt, nur noch ein Drittel der Summe in den Hochschulbau zu investieren, die von der alten Landesregierung geplant war. Wie bereits berichtet, sollen nach Vorstellung des Kabinetts für Gesamtniedersachsen in den nächsten Jahren nur noch 550 Millionen DM in den Hochschulbau gesteckt werden. Damit würde die Universität die für ihre Existenz notwendigen Bauten (Mensa, Bibliothek, naturwissenschaftliche Studienflächen) nicht realisieren können. In der folgenden Serie versuchen die betroffenen Einrichtungen darzustellen, welche Folgen die Entscheidungen des Kabinetts beinhalten. Den Anfang macht die Bibliothek. gh

Eine Universitätsbibliothek für 4.000 Studenten mit 1,5 Millionen Büchern kostet heute - ohne die Arbeit - grob geschätzt Hundert Millionen DM: jedes Buch zwischen 40,- und 50,- DM, der Bau zwischen 40 Millionen und 50 Millionen DM. Für den Aufbau sind etwa 10 - 15 Jahre anzusetzen.

Es läßt sich ausrechnen, wieviel Geld man über diesen Zeitraum aufbringen muß, will man eine Universitätsbibliothek: alleine für Bücher jährlich 4 Millionen - 6 Millionen DM.

An anderen Orten sind diese Beträge für die Universitätsgründungen selbstverständlich aufgewendet worden. Die Hälfte vom Bund, die Hälfte vom Land. Für Oldenburg bestehen entsprechende Finanzierungspläne, weil die Aufwendungen einfach notwendig sind, und die 1. Rate von 10 Millionen DM für Bücher wurde bereitgestellt. Der Bau hätte seit langem begonnen sein können. Obwohl ein vorgegebenes kompliziertes Planungsverfahren ohne entsprechende Planungskapazität zu Verzögerungen geführt hat, hat die Universität 1975 ein Raumprogramm vorgelegt, das vom Bevollmächtigten des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst für den Hochschulbau genehmigt wurde. Nun ist der Bau durch den Aufbaustopp gefährdet, scheint die Bewilligung weiterer Buchmittel gefährdet oder jedenfalls verzögert. Was bedeutet das?

Die Bibliothek in ihren jetzigen provisorischen Räumen ist voll. Weitere Räume gibt es nicht. Sie muß ausziehen, anmieten, außerhalb der Hochschule residieren oder Baracken aufstellen - selbst wenn heute mit dem Bau begonnen würde. Das haben andere Hochschulbibliotheken auch getan, jahrelang, was schaden da 1 oder 2 weitere Jahre. Außerdem können die 1,5 Millionen Bücher ohnehin nicht vor Ablauf von 10 - 15 Jahren angeschafft und bearbeitet sein.

Diese Argumentation wäre nicht unlogisch. Tatsächlich könnten bei Bauher-

Haushalt finanziert werden müssen, gehen Niedersachsen 50 Prozent Bundeszuschuß verloren.

Im Hinblick auf den "Vorab" aus den Zentralbaummitteln haben wir uns zurückgehalten, Gelder in ordentlichen Haushalt einzubringen. Aber jetzt brauchen wir die Geräte. Die Bibliothek hat noch für einen bis zwei Monate freie Regale. Sie hat einen Buchbinder ohne Buchbinder. Sie hat eine Fotostelle. Es gibt ein Rechenzentrum, daß uns jetzt den Betrieb erleichtern könnte, doch haben wir weder die Erfassungsgeräte für die Ausleihverbuchung noch für die Titelaufnahme, alles Bestandteile der Zentralbibliothek, die wir jetzt haben müssen, wenn kein Stillstand, ja kein Rückschritt eintreten soll. Wir werden die Bücher in den Lesesälen auf die Tische legen müssen, auf die Arbeitsplätze der Studenten, wenn nichts geschieht.

Hinzu kommt, daß der Ausweg auszuziehen, auszulagern, Baracken zu erstellen, auch nicht gesichert ist; denn es gibt keine Mittel zur Anmietung von Räumen ebenso wenig geeignete Räume in der Nähe der Universität, in denen noch 1979 1/2 Millionen Bücher aufgestellt werden und die erforderlichen Arbeitsplätze ausgewiesen werden könnten. Das wird Miete kosten für 3.000 - 4.000 qm, vielleicht 1/2 Millionen DM jährlich.

Nun könnte noch eingewendet werden, die Mittel brauchten nicht bereitgestellt zu werden, weil die Bibliothek ohnehin nicht das Personal hat, den Aufbau planungsgemäß in 10 - 15 Jahren zu realisieren und die angegebenen Planzahlen zu erfüllen. Das wäre ein zynisches Argument, aber es wäre auch falsch. Die Bibliothek hat jetzt 51 Mitarbeiter, 180 000 Bücher und 1975 einen Zugang von 40 000 Bänden. Das ist zuwenig. Andere Bibliotheken hatten in der vergleichbaren Aufbauphase ein Vielfaches an Personalmitteln, ein entsprechend Vielfaches an Leistungen auszuweisen. Aber trotzdem reichen Raum und Gerät jetzt nicht.

Wir haben den Wegfall der Arbeitskapazität von wiss. Hilfskräften zu erwarten. Der sach- und fachgerechten Planung sind diese Personalmaßnahmen nicht förderlich. Ein ausreichender ordentlicher Personalhaushalt ist wie der Bau unabdingbar notwendig. Man kann nicht das eine tun und das andere lassen. Man muß sich entscheiden, ob man eine Universitätsbibliothek und damit eine Universität will oder nicht.

Hermann Havekost

19 Stellen gestrichen

Die Hiobsbotschaften aus Hannover häufen sich. Neben dem baulichen Stopp muß die Universität voraussichtlich auch starke personelle Einschränkungen hinnehmen. Wie aus Hannover verlautet, sind die 19 von der alten Landesregierung bereits angekündigten zusätzlichen Stellen zum Ausbau der Naturwissenschaften im Nachtragshaushalt der neuen Landesregierung nicht enthalten. Darüber hinaus bleiben von dem bereits vorhandenen Stellenbedarf der Universität 10 noch nicht besetzte Hochschullehrerstellen und 3 Assistentenstellen auf vorerst unbegrenzte Zeit gesperrt. Bei den 19 naturwissenschaftlichen Stellen handelt es sich um einen "Posten", der ursprünglich der

Pädagogischen Hochschule Niedersachsen zufallen sollte, dann aber gesperrt wurde mit dem Ziel, ihn in naturwissenschaftliche Stellen für den Ausbau des Fachbereichs IV in Oldenburg umzuwidmen. Dazu lakonisch das Finanzministerium: "Es besteht die Möglichkeit für die Universität, diese Stellen im neuen Haushalt zu beantragen". Damit nicht genug. Die Wiederbesetzungssperre von Stellen, die frei werden bzw. frei geworden sind, wurde um zwei Monate auf insgesamt acht Monate verlängert. Wie zu erfahren war, will sich die Landesregierung damit einen größeren Zeitraum gönnen, um überprüfen zu können, welche Stellen ganz gestrichen werden. gh

VV der Hilfskräfte

Nach dem Warnstreik

Auf einer Vollversammlung berieten am Dienstag vergangener Woche die Tuto- ren und Wissenschaftlichen Hilfskräfte (WiHi) der Universität die Ergebnisse des Warnstreiks sowie weitere Maßnahmen gegen die materielle Misere an der Hochschule.

Auf Vorschlag der Interessenvertretung (IV) der Hilfskräfte richtete die VV einen regelmäßig mittwochs, 20.00 Uhr, im VG 301 tagenden Arbeitskreis für WiHIs und Tuto- ren ein, der weitere Kampfmaßnahmen vorbereiten und als Diskussionsforum für die Hilfskräfte betreffende Fragen dienen soll.

Achtung, Studenten!

Für das am 18. Juni stattfindende Sommerfest in allen Räumen und Innenhöfen der alten PH-Gebäude werden dringend Helfer für den Ausschank und den Ordnungsdienst benötigt. Der Stundenlohn beträgt 5,- bzw. 6,- DM. Wie bereits berichtet, hat die Universität für das Sommerfest vier Bands engagiert, zudem soll eine Diskothek eingerichtet werden. Um das Gedränge - immerhin nahmen 5.000 an dem damals noch so benannten Uni-Ball teil - , wurden diesmal sämtliche Höfe mit einbezogen. In einem eigens aufgebauten Zelt zwischen dem G- und D-Trakt wird eine Dixieland-Band spielen. Studenten, die sich am Ausschank und am Ordnerdienst beteiligen wollen, melden sich bitte in der Pressestelle (A 106).

Berichte über den Verlauf des Warnstreiks der Hilfskräfte zeigten, daß in den meisten Projekten die Sparmaßnahmen der Landesregierung und ihre Auswirkungen diskutiert wurden, sich jedoch hinsichtlich der Abwehrmöglichkeiten kein einheitliches Bild herstellt. Hervorzuheben ist für die Initiative des Projekts "Institutionelle Bedingungen schulischer Sozialisation", das einen allen Interessenten offenstehenden "Ausschuß der Projekte" ins Leben rief, in dem Informationen aus den Projekten gesammelt und diskutiert sowie konkrete Schritte zur Rettung des Projektstudiums beraten werden sollen. Im übrigen wurden von der VV zwei Anträge über einzuleitende Kampfmaßnahmen diskutiert, über die jedoch nicht abgestimmt wurden, um die in den Projekten laufenden Diskussionen über weitere Schritte nicht abzublocken. jb

Aus bei 30 Einheiten

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses hat der Rektor in einer Eilentscheidung bestimmt, daß Ferngespräche ab sofort 30 Einheiten nicht überschreiten dürfen. Nach 20 Einheiten wird der Teilnehmer von der Zentrale benachrichtigt, nach 30 Einheiten wird das Gespräch ohne Ankündigung abgebrochen. Ausnahmen werden nur gestattet, wenn eine längere Dauer vorher angemeldet und nachher schriftlich begründet wird. Grund dieser Maßnahme: Die bisherigen Telefonrechnungen waren so hoch, daß damit gerechnet werden muß, daß bei uneingeschränktem Telefonverkehr im September keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Personalien

HERBERT HASLER, Studienleiter am FB I, ist unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zum Universitätsdozenten im Fach "Schulpädagogik" ernannt worden. Gleichzeitig legte er seine Funktion als Leiter des HIFO nieder.

*

OBERAMTSRAT KURT RING, bisher in der Verwaltung der Gesamthochschule Kassel, ist zum Leiter der Haushaltungsabteilung ernannt worden.

Uni Roskilde gerettet

Am 4. Mai hat das dänische Parlament mit 79 : 77 Stimmen für eine Weiterführung der Reformuniversität in Roskilde gestimmt. Die entscheidende Stimme stammt von einem konservativen Abgeordneten, der inzwischen aus seiner Fraktion ausgeschlossen wurde. Wie bereits berichtet, hatten auf Initiative Prof. Dr. Gornys 100 Hochschullehrer aus sieben Universitäten der BRD in einer Resolution gegen die Liquidierung der Roskilde Universität protestiert.

Rückmeldung

Die für die Rückmeldung zum WS 76/77 erforderlichen Unterlagen werden am 2. und 3. Juni 1976 jeweils in der Zeit von 9.30 - 12.00 Uhr und von 13.00 - 16.00 Uhr am Haupteingang ausgegeben. Um das übliche Schlangestehen zu vermeiden, müssen die ausgefüllten Unterlagen vom 14. bis zum 15. Juni 1976 per Post zurückgeschickt oder in das Postfach des Immatrikulationsamtes, Bauteil F, Erdgeschoss eingeworfen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ohne Krankenversicherungsnachweis keine Rückmeldung vorgenommen wird.

Termine

Sonnabend, 15.5.76, 8.30-19.15 Uhr, VG 106. Anhörungen für die H-3-Stelle "Arbeitswissenschaften" im FB III

*

Montag, 17.5.76, 20.00 Uhr, VG 301. Projektinitiative zur weiteren Diskussion der Misere in den Projekten.

*

Montag, 17.5.76, 20.00 Uhr, VG 001. Öffentliche Mitgliederversammlung der GEW-Hochschulgruppe. Es werden folgende Tagesordnungspunkte behandelt: Aufbaustopp, Gefährdung der Reforminhalte in Studium, Lehre und Forschung, Politische Disziplinierung.

*

Mittwoch, 19.5.76, 9.30 Uhr, Aula. Konzilssitzung. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl des Rektors und Rektorstellvertreters.